

Das neue Datenschutzrecht in der betrieblichen Praxis

Bearbeitet von

Von: Philip Laue, LL.M., Rechtsanwalt, und Sascha Kremer, Rechtsanwalt, FAITR

2. Auflage 2019. Buch. 398 S. Softcover

ISBN 978 3 8487 4392 6

Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Telekommunikationsrecht, Postrecht, IT-
Recht > Datenschutz, Postrecht

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Laue | Kremer

Das neue Datenschutzrecht in der betrieblichen Praxis

2. Auflage



Nomos

NOMOSPRAXIS

Dr. Philip Laue | Sascha Kremer

Das neue Datenschutzrecht in der betrieblichen Praxis

2. Auflage

Dr. Philip Laue, Unternehmensanwalt im Bereich internationaler Datenschutz bei der Bayer AG | **Sascha Kremer**, Fachanwalt für IT-Recht und externer Datenschutzbeauftragter, Gründer KREMER RECHTSANWÄLTE



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4392-6

2. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 2. Auflage

DSGVO oder DS-GVO? Die Frage nach der richtigen Abkürzung steht stellvertretend für die in weiten Teilen konträren Interpretationen des Wortlauts der Datenschutz-Grundverordnung der vom Gesetzgeber hiermit verfolgten Regelungszwecke.

Wie schon die erste Auflage soll dieses Handbuch eine kompakte Aufbereitung der Datenschutz-Grundverordnung liefern, die dem Rechtsanwender in der betrieblichen Praxis konkrete Lösungsvorschläge an die Hand gibt und Orientierung bietet. In der zweiten Auflage sind deshalb neben dem neuen Bundesdatenschutzgesetz nicht nur die Entwicklungen in der Fachliteratur, sondern insbesondere die Veröffentlichungen der Aufsichtsbehörden eingearbeitet worden.

Gleichwohl bleibt die Rechtslage, nicht zuletzt durch die noch andauernde Bereinigung des deutschen Rechts um Artefakte aus dem alten Datenschutzrecht sowie die weiterhin fehlende e-Privacy-Verordnung, in vielen Themen unklar. Am Blick in die Glaskugel an der einen oder anderen Stelle hat sich damit auch in der zweiten Auflage dieses Handbuchs nichts geändert.

An dieser Stelle möchten wir der zwischenzeitlich ausgeschiedenen Mitherausgeberin Dr. Judith Nink für die mit ihr weiterhin geführten Diskussionen und ihre Hinweise aus der Unternehmenspraxis herzlich danken. Unser Dank gilt weiterhin Jana Schminder, Jasmin Eul und Nelly Molitor für die Unterstützung bei Recherchen, der Literaturlauswertung und einigem mehr.

Köln im Oktober 2018

Dr. Philip Laue, Sascha Kremer

Vorwort zur 1. Auflage

Ein Handbuch für die Praxis zur Datenschutz-Grundverordnung zu konzipieren, stellte uns vor gleich drei Herausforderungen.

Bis zum Ende der Trilog-Verhandlungen und zur Vorlage der finalen Textfassungen war nicht sicher, welche Regelungen mit welchem Wortlaut tatsächlich den künftigen datenschutzrechtlichen Rahmen in Europa bilden. Ebenso wie die Datenschutz-Grundverordnung hat auch dieses Handbuch auf dem Weg zu der nun vorliegenden Druckfassung daher vielfältige Überarbeitungen, Umstellungen und rechtliche Neubewertungen erfahren.

Bei der Datenschutz-Grundverordnung handelt es sich um ein neues Regelungswerk, das an manchen Stellen nicht ohne handwerkliche Schwächen ist. Deshalb muss in vielen Bereichen abgewartet werden, wie sich die Umsetzung der Vorschriften in der Praxis tatsächlich auswirken wird. Wo mangels Parallelen zur bisherigen Rechtslage nicht auf gesicherte Erkenntnisse oder Hinweise aus dem Gesetzgebungsverfahren zurückgegriffen werden konnte, bedurfte es daher an der einen oder anderen Stelle auch des Blicks in die datenschutzrechtliche Glaskugel.

Schließlich standen wir vor der Aufgabe, die vielfältigen Themen der Datenschutz-Grundverordnung kompakt und praxisgerecht aufzubereiten. Unser Fokus war dabei nicht auf Vollständigkeit gerichtet, sondern darauf, Anwendern in Unternehmen und in der Beratung eine Orientierung und Hilfe zu geben, um für die mit Sicherheit größte Herausforderung gewappnet zu sein: Das neue Datenschutzrecht in der betrieblichen Praxis.

An dieser Stelle möchten wir Herrn Prof. Gerrit Hornung sowie Herrn Dr. Jörg Friedrichs herzlich für die geduldigen und stets fruchtbaren Diskussionen danken. Unser herzlicher Dank gilt außerdem Finn Ole Blümer und Marc Bauer für die Unterstützung bei Recherchen, der fortwährenden Anpassung des zitierten Verordnungstexts im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens, der Literaturlauswertung und einigem mehr.

Köln im Juli 2016

Dr. Philip Laue, Dr. Judith Nink, Sascha Kremer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	5
Vorwort zur 1. Auflage	6
Literatur	19
§ 1 Einführung	35
A. Allgemeines	35
B. Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung und des BDSG-neu	36
I. Sachlicher Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverord- nung	37
1. Verarbeitung von Daten	37
2. Ablage in einem Dateisystem	38
3. Personenbezug der Daten	39
a) Identifizierbarkeit	39
aa) Anonyme Daten	41
bb) Pseudonymisierte Daten	43
cc) Verschlüsselte Daten	46
b) Natürliche Person	47
II. Persönlicher Anwendungsbereich	49
1. Der Verantwortliche	50
a) Natürliche oder juristische Person	50
b) Entscheidung über Zwecke und Mittel der Verarbeitung	52
aa) Entscheidungshoheit aufgrund rechtlicher Zuweisung	52
bb) Entscheidungshoheit aufgrund tatsächlichen Einflusses	53
c) Gemeinsam Verantwortliche	54
aa) Voraussetzungen	55
bb) Rechtsfolgen	56
2. Auftragsverarbeiter	58
3. Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen	59
III. Räumlicher Anwendungsbereich	60
1. Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung	60
a) Niederlassungsprinzip nach Art. 3 Abs. 1	61
aa) Effektive und tatsächliche Ausübung einer Tätigkeit	61
bb) Verarbeitung im Rahmen der Tätigkeit der Niederlas- sung	62
cc) Ort der Verarbeitung	63
b) Markortprinzip nach Art. 3 Abs. 2	64
aa) Angebot von Waren und Dienstleistungen	64
bb) Verhaltensbeobachtung	66
cc) Benennung eines Vertreters	67

c) Verarbeitungen im Inland außerhalb des Anwendungsbereichs von Art. 3 Abs. 2	69
2. Räumlicher Anwendungsbereich innerhalb der EU	70
a) Sitzlandprinzip	72
b) Territorialitätsprinzip	73
c) Sonderfall Einwilligung	74
aa) Art. 8 Abs. 1	74
bb) Art. 9 Abs. 2 lit. a	75
d) Rechtswahlklauseln	76
e) Räumlicher Anwendungsbereich des neuen Bundesdatenschutzgesetzes	77
IV. Öffnungsklauseln und besondere Verarbeitungssituationen	78
1. Öffnungsklauseln in Einzelregelungen	78
2. Verarbeitung im Beschäftigungskontext	83
3. Verarbeitung zur wissenschaftlichen Forschung und zu statistischen Zwecken	83
a) Datenminimierung und Widerspruchsrecht	84
b) Privilegierungen	85
4. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der EU-Kommission	87
5. Datenschutz-Grundverordnung und E-Privacy-Richtlinie	88
a) Rechtmäßigkeit der Verarbeitung	88
b) Beschränkungen möglicher Zweckänderungen	89
c) Einwilligung und Widerruf	89
d) Datensicherheit	89
e) Meldepflichten	89
V. Verarbeitungsgrundsätze	90
§ 2 Zulässigkeit der Verarbeitung	92
A. Allgemeines	92
I. Rechtfertigung der Verarbeitung	92
1. Einwilligung	93
a) Form der Einwilligung	93
b) Opt-In oder Opt-Out?	97
c) Transparenz	99
d) Widerrufsrecht	100
e) Freiwilligkeit der Einwilligung	101
aa) Abhängigkeitsverhältnis	101
bb) Trennungsgebot	102
cc) Koppelungsverbot	103
f) Einwilligung von Kindern	104
g) Zeitliche Geltung der Einwilligung	104
h) Anpassungsbedarf für Unternehmen	105

2. Gesetzliche Erlaubnistatbestände	105
a) Vertragserfüllung, Art. 6 Abs. 1 lit. b	106
b) Gesetzliche Verpflichtung, Art. 6 Abs. 1 lit. c und öffentliches Interesse, Art. 6 Abs. 1 lit. e	107
c) Schutz von lebenswichtigen Interessen	109
d) Generalklausel: Berechtigte Interessen	110
e) Zweckänderung, Art. 6 Abs. 4	112
f) Werbung und Adresshandel	114
g) Videoüberwachung	114
3. Sonstige Regelungen als Erlaubnis	115
II. Verarbeitung von Daten eines Kindes	116
1. Interessenabwägung, Art. 6 Abs. 1 lit. f	116
2. Einwilligung bei Kindern, Art. 8	117
a) Dienste der Informationsgesellschaft	117
b) An Kinder direkt gerichtetes Angebot	118
c) Einwilligungsvoraussetzungen	118
aa) Altersgrenzen	118
bb) Dokumentationspflicht	119
cc) Praktische Umsetzung	119
dd) Allgemeines Vertragsrecht	120
ee) Sonstige Einwilligungen von Kindern	120
3. Sonstige Regelungen zum Schutz von Kindern	121
B. Verarbeitung besonderer Datenkategorien (Art. 9)	121
I. Grundsätzliches Verarbeitungsverbot	122
II. Ausnahmen vom Verarbeitungsverbot	123
1. Einwilligung, Abs. 2 lit. a	125
2. Verarbeitung zu Archiv-, historischen, statistischen und wissen- schaftlichen Zwecken, Abs. 2 lit. j	125
III. Berufsgeheimnis bei Gesundheits- und Sozialdaten, Art. 9 Abs. 2 lit. h iVm Abs. 3	126
IV. Öffnungsklausel, Abs. 4	126
V. Sonderregeln zur Verarbeitung besonderer Datenkategorien im BDSG-neu	127
C. Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten, Art. 10	127
D. Medienprivileg	128
E. Verarbeitung ohne Identifizierung, Art. 11	128
F. Automatisierte Entscheidungen einschließlich Profiling	130
I. Ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhende Entscheidungen	130
1. Anwendungsbereich des Art. 22 Abs. 1	130
2. Erlaubnis automatisierter Entscheidungen	132

Inhaltsverzeichnis

3. Pflichten des Verantwortlichen	134
II. Profiling	134
1. Begriff des Profilings	135
2. Profiling nach der Datenschutz-Grundverordnung	135
a) Scoring und Auskunftfeien	136
b) Erlaubnistatbestände	136
c) Pflichten beim Profiling	137
§ 3 Informationspflichten	138
A. Ratio der Informationspflichten	138
B. Inhalt der Informationspflichten	139
I. Gegenstand der Information	139
1. Allgemeine Informationen	140
a) Kontaktdaten, Art. 13 Abs. 1 lit. a und b / Art. 14 Abs. 1 lit. a und b	142
b) Darlegung der berechtigten Interessen, Art. 13 Abs. 1 lit. d / Art. 14 Abs. 2 lit. b	143
c) Mitteilung der Empfänger oder Kategorien von Empfängern, Art. 13 Abs. 1 lit. e / Art. 14 Abs. 1 lit. e	143
2. Informationen zur Gewährleistung einer fairen und transparen- ten Verarbeitung	143
a) Widerspruchsrecht, Art. 13 Abs. 2 lit. b / Art. 14 Abs. 2 lit. c ..	145
b) Widerruf der Einwilligung, Art. 13 Abs. 2 lit. c / Art. 14 Abs. 2 lit. d	146
c) Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling	146
d) Zweckänderung	147
3. Keine Direkterhebung / Dritterhebung	147
II. Ausnahmen von der Informationspflicht	148
1. Ausnahmen in Art. 13 Abs. 4 / Art. 14 Abs. 5	148
2. Ausnahmen im BDSG-neu	149
III. Zeitpunkt der Information	150
IV. Form der Information (Darstellung)	151
1. Schriftlich und andere Form	152
2. Mündlich	152
3. Piktogramme	153
V. Kosten	153
VI. Überblick Informationspflichten	154
C. Verstöße	154
I. Bußgeld	154
II. Unterlassungsklagengesetz	155
III. Wettbewerbsrecht	156

§ 4 Rechte der betroffenen Person	158
A. Überblick	158
B. Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	160
I. Identifizierung der betroffenen Person	160
1. Vertretbare Mittel zur Prüfung der Identität	160
2. Keine Vorratsverarbeitung identifizierender Daten	162
II. Verfahren der Ausübung von Rechten der betroffenen Person	163
1. Form der Übermittlung von Mitteilungen	163
2. Erleichterungen bei der Ausübung	163
3. Ablauf und Fristen	164
4. Unentgeltlichkeit und Missbrauchsgebühr	165
C. Auskunftsrecht	166
I. Gegenstand des Auskunftsrechts	167
II. Bereitstellung von Kopien personenbezogener Daten	169
1. Unentgeltlichkeit und Bereitstellung mehrerer Kopien	169
2. Konkretisierung des Auskunftsverlangens	169
3. Bereitstellung in einem gängigen elektronischen Format	169
4. Ausnahmen wegen Beachtung der Rechte Dritter	170
III. Auskunft aus Patientenakten	172
D. Recht auf Berichtigung	172
I. Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten	173
II. Vervollständigung richtiger personenbezogener Daten	173
III. Darlegungs- und Beweislast	174
E. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)	174
I. Voraussetzungen für das Recht auf Löschung	174
1. Lösungsgründe im Überblick	175
2. Entfallen des Verarbeitungszwecks	175
3. Widerruf der Einwilligung	176
4. Widerspruch gegen Verarbeitung	176
5. Unrechtmäßige Verarbeitung	176
6. Von Kindern erhobene Daten	176
II. Folgen des Rechts auf Löschung	177
1. Löschung personenbezogener Daten	177
2. Recht auf Vergessenwerden im engeren Sinn	178
3. Mitteilung an Empfänger und Auskunftsrecht	180
III. Ausnahmen vom Recht auf Löschung	180
1. Ausnahmen in Art. 17 Abs. 3	180
2. Ausnahmen im nationalen Recht	181
IV. Darlegungs- und Beweislast	181
F. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	181
I. Voraussetzungen des Rechts auf Einschränkung	182

Inhaltsverzeichnis

II. Folgen des Rechts auf Einschränkung	182
III. Ausnahmen vom Recht auf Einschränkung	183
IV. Darlegungs- und Beweislast	183
G. Recht auf Datenübertragbarkeit	183
I. Ratio	184
II. Anwendungsbereich	185
III. Direktübermittlung an anderen Verantwortlichen	187
IV. Technische Anforderungen	187
V. Beschränkungen und Ausnahmen	188
H. Widerspruchsrecht	189
I. Voraussetzungen für Widerspruchsrecht	189
1. Allgemeines Widerspruchsrecht aus besonderer Situation	189
2. Widerspruchsrecht bei Direktwerbung	190
3. Ausübung mittels automatisierter Verfahren	190
II. Folgen des Widerspruchs	191
III. Darlegungs- und Beweislast	192
 § 5 Auftragsverarbeitung und Verarbeitung im Drittland	193
A. Auftragsverarbeitung	193
I. Begriff der Auftragsverarbeitung	193
1. Frühere Rechtslage in Deutschland	193
a) Privilegierung der Auftragsdatenverarbeitung nach § 11 BDSG-alt	193
b) Abgrenzung zur Funktionsübertragung	194
2. Auftragsverarbeitung nach der Datenschutz-Grundverordnung ..	195
a) Pflichten des Auftragsverarbeiters	195
b) Auftragsverarbeitung in Drittländern	197
c) Auftragsverarbeitung bei Prüfungs- oder Wartungsleistun- gen	197
d) Auftragsverarbeitung bei Berufsgeheimnisträgern	198
II. Rechtfertigung der Auftragsverarbeitung	199
III. Auswahl des Auftragsverarbeiters	200
IV. Formelle Anforderungen der Auftragsverarbeitung	200
V. Inhalt eines Vertrags zur Auftragsverarbeitung	201
1. Weisungen	202
2. Vertraulichkeit	204
3. Einsatz von Unterauftragnehmern	205
4. Beendigung des Auftrags	207
5. Überprüfungen und Inspektionen	207
VI. Konsequenzen bei Verstößen	208
VII. Umgang mit Altverträgen	209

B. Verarbeitung im Drittland	209
I. Allgemeines	210
II. Angemessenheitsbeschluss, Art. 45	210
1. Allgemeines	211
2. Selbstverpflichtungen	212
a) EU-US Privacy Shield	212
aa) Inhalt	212
bb) Compliance	213
b) Safe Harbor (unwirksam)	213
III. Geeignete Garantien, Art. 46	214
1. Binding Corporate Rules, Art. 47	214
a) Inhaltliche Anforderungen	215
b) Genehmigungsverfahren	216
2. Standarddatenschutzklauseln	217
3. Genehmigte Verhaltensregeln und Zertifizierungsverfahren	218
4. Genehmigte sonstige Verträge	219
IV. Urteile und Entscheidungen aus Drittländern, Art. 48	219
V. Ausnahmen, Art. 49	220
1. Einwilligung	222
2. Vertragliche Pflichten	222
3. Auffangtatbestand Art. 49 Abs. 1 Satz 2	223
 § 6 Datenschutzbeauftragter	225
A. Rolle des Datenschutzbeauftragten	225
B. Benennung des Datenschutzbeauftragten	226
I. Benennungspflicht	227
1. Benennungspflicht nach der Datenschutz-Grundverordnung	227
2. Benennungspflicht nach dem Recht der Union oder der Mitgliedsstaaten	228
3. Datenschutzbeauftragte im Konzern	229
a) Benennung durch herrschendes Unternehmen	229
b) Leichte Erreichbarkeit aus allen Niederlassungen	230
4. Interner und externer Datenschutzbeauftragter	231
5. Veröffentlichung und Mitteilung der Kontaktdaten	232
6. Fortgeltung von nach dem BDSG erfolgten Bestellungen	233
II. Voraussetzungen für die Benennung	234
1. Berufliche Qualifikation, Fachwissen und Fähigkeiten	235
2. Zuverlässigkeit	235
C. Stellung des Datenschutzbeauftragten	237
I. Unterstützungspflicht des Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiters	237

Inhaltsverzeichnis

II. Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten	239
1. Weisungsfreiheit	239
2. Benachteiligungsverbot	239
3. Berichtspflicht gegenüber höchster Managementebene	241
III. Wahrung der Geheimhaltung oder Vertraulichkeit	242
IV. Ansprechpartner für betroffene Personen	243
D. Aufgaben des Datenschutzbeauftragten	243
I. Unterrichtung und Beratung	243
II. Überwachung des Datenschutzes	245
III. Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde	247
IV. Risikoangemessenheit der Aufgabenerfüllung	248
E. Haftung des Datenschutzbeauftragten	248
 § 7 Technischer und organisatorischer Datenschutz	 251
A. Datensicherheit	251
I. Datenschutz durch Technik und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	252
1. Regelungsadressaten	253
2. Inhaltliche Anforderungen	253
a) Datenschutz durch Technik	254
b) Datenschutzfreundliche Voreinstellungen	256
II. Sicherheit bei der Verarbeitung	257
1. Regelungsadressaten	257
2. Inhaltliche Anforderungen	258
III. Praktische Umsetzung	261
B. Informationspflichten bei Datenschutzverletzungen	263
I. Meldepflicht gegenüber Aufsichtsbehörden	265
1. Meldepflichtige Ereignisse	265
2. Meldefrist	267
3. Inhalt und Form der Meldung und sonstige Dokumentationspflichten	268
4. Unterstützungspflicht des Auftragsverarbeiters	270
II. Benachrichtigungspflicht gegenüber betroffenen Personen	272
1. Benachrichtigungspflichtige Ereignisse	273
2. Benachrichtigungsfrist	275
3. Inhalt und Form der Benachrichtigung	276
4. Ausnahmen von der Benachrichtigungspflicht	276
C. Datenschutz-Folgenabschätzung	280
I. Regelungsadressaten	281

II. Voraussetzung der Folgenabschätzung	282
1. Voraussichtlich hohes Risiko	282
a) Gesetzliche Regelbeispiele	284
b) Listen der zuständigen Aufsichtsbehörden	285
2. Befreiung von der Folgenabschätzung für bestimmte Verarbeitungszwecke	287
III. Durchführung der Folgenabschätzung	287
1. Phasen einer Folgenabschätzung	288
a) Vorbereitungsphase	288
b) Bewertungsphase	289
c) Maßnahmephase	290
2. Zusammenfassung gleichartiger Verarbeitungen	291
3. Dokumentation	291
4. Verhaltensregeln	292
5. Einbindung des Datenschutzbeauftragten	293
6. Einbindung der zuständigen Aufsichtsbehörde	293
7. Einbindung der betroffenen Personen oder ihrer Vertreter	296
a) Gegebenenfalls	297
b) Keine entgegenstehenden kommerziellen Interessen oder Sicherheitsinteressen	298
8. Überprüfung	299
D. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	302
I. Bisherige Rechtslage	302
II. Aufzeichnungspflichten nach der Datenschutz-Grundverordnung	302
1. Verzeichnis des Verantwortlichen	305
2. Verzeichnis des Auftragsverarbeiters	308
§ 8 Selbstregulierung	310
A. Verhaltensregeln (Codes of Conduct)	310
I. Vorlageberechtigte Stellen	311
II. Gegenstand von Verhaltensregeln	311
III. Genehmigungsverfahren	313
1. Nationale Verhaltensregeln	313
2. Multinationale Verhaltensregeln	313
IV. Überprüfung durch private Kontrollstellen	314
V. Rechtsfolgen	316
1. Bindungswirkung für Aufsichtsbehörden	316
2. Nachweiserleichterungen für Pflichten aus der Datenschutz-Grundverordnung	316
3. Rechtsfolgen von Verstößen gegen Verhaltensregeln	318
B. Datenschutzzertifizierungen	318
I. Zertifizierungsgegenstand	319

Inhaltsverzeichnis

II. Zertifizierungsmaßstab	320
III. Zertifizierungsverfahren	320
IV. Zertifizierungsstelle	321
V. Rechtsfolgen	323
1. Nachweiserleichterungen für Pflichten aus der Datenschutz- Grundverordnung	323
2. Rechtsfolgen von Verstößen	324
§ 9 Beschäftigtendatenschutz	326
A. Allgemeines	326
I. Möglicher Regelungsbereich „spezifischerer Regelungen“ im Beschäftigungskontext	326
II. Inhaltliche Grenzen „spezifischerer Regelungen“	328
B. § 26 BDSG-neu – Kernvorschrift des deutschen Beschäftigungsdaten- schutzes	329
I. Beschäftigtenbegriff	330
II. Erstreckung des Anwendungsbereichs auf nicht-automatisierte Datenverarbeitungen	330
III. Klarstellung zur Zulässigkeit von Datenübermittlungen an Arbeit- nehmervertretungen	331
IV. Erforderlichkeit der Verarbeitung gem. § 26 BDSG-neu	331
V. Verarbeitung zur Aufdeckung von Straftaten und schwerwiegenden Pflichtverletzungen	332
VI. Heimliche Verarbeitung	333
VII. Verarbeitung von besonderen Kategorien von Daten Beschäftigter ...	333
VIII. Einwilligungen im Beschäftigungsverhältnis	334
C. Anforderungen an Kollektivvereinbarungen	336
I. Inhaltliche Anforderungen	336
II. Kollektivvereinbarungen nach altem Recht	338
§ 10 Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden	339
A. Allgemeines	339
B. Stellung der Aufsichtsbehörden	340
I. Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden	340
II. Mehrere Aufsichtsbehörden in einem Mitgliedstaat	341
C. Aufgaben der Aufsichtsbehörden	342
I. Übersicht wesentlicher Aufgaben	343
II. Beschwerderecht der betroffenen Person	345
III. Unentgeltlichkeit der Aufgabenerfüllung	346

D. Befugnisse der Aufsichtsbehörden	346
I. Untersuchungsbefugnisse	347
II. Abhilfebefugnisse	349
III. Genehmigungsbefugnisse und beratende Befugnisse	350
E. Zuständigkeit und Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	350
I. Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden	351
1. Zuständigkeit der federführenden Aufsichtsbehörde	352
a) Feststellung der federführenden Aufsichtsbehörde	352
b) Mehrere Niederlassungen oder eine Niederlassung in der Union	353
c) Abweichende Zuständigkeit bei Angelegenheiten in einem Mitgliedstaat	355
2. One-Stop-Shop	356
II. Zusammenarbeit in konkreten Angelegenheiten	357
1. Vorgehen in Verantwortung der federführenden Aufsichtsbe- hörde	357
2. Amtshilfe und gemeinsame Maßnahmen	361
3. Dringlichkeitsmaßnahmen	362
III. Kohärenzverfahren	362
1. Stellungnahmen durch den Ausschuss	363
2. Streitbeilegung durch den Ausschuss	364
F. Zusammenarbeit von Verantwortlichen und Auftragsverarbeitern mit Auf- sichtsbehörden	365
G. Europäischer Datenschutzausschuss	367
§ 11 Haftung, Sanktionen und Rechtsbehelfe	369
A. Haftung	369
I. Verletzungshandlung	369
II. Schaden	370
III. Anspruchsberechtigter	370
IV. Ersatzpflichtige	371
V. Exkulpationsmöglichkeit	372
VI. Gesamtschuldnerische Haftung	373
VII. Sonstige Ansprüche	374
B. Sanktionen	375
I. Bußgelder	376
1. Ermessen der Aufsichtsbehörden	376
2. Kategorien von bußgeldbewehrten Verstößen	376
3. Geldbußen bei Unternehmensgruppen	378
II. Sanktionen der Mitgliedstaaten	380

Inhaltsverzeichnis

C. Rechtsbehelfe	380
I. Rechtsbehelfe betroffener Personen	381
1. Beschwerderecht	381
2. Klagerecht	381
a) Klagen gegen Aufsichtsbehörden	381
b) Klagen gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter	382
II. Rechtsbehelfe von Verantwortlichen, Auftragsverarbeitern, ua	383
III. Rechtsbehelfe von Verbänden	383
1. Vertretung von betroffenen Personen	384
2. Datenschutzverbandsklage	385
IV. Aussetzung des Verfahrens	386
V. Rechtsbehelfe gegen Beschlüsse des Ausschusses	387
 Stichwortverzeichnis	 389